



NIEDERSCHRIFT

über die 43. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 22.01.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:08



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf

Rolf Kost

Florian Maier

Judith Neumann

Michael Scheid

ab 17.24 Uhr TOP 3.1 ö.S.



Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Aniello Casella

Wolfgang Freiermuth

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch ab 17.40 Uhr TOP 3.2 ö.S.

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron ab 17.40 Uhr TOP 3.2 ö.S.

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

| | |
|---------------------|---|
| Christine Baumstark | (Hauptamt) |
| Claus Eisenstein | (Jugendamt) |
| Stefan Joritz | (Amt für Recht und öffentliche Ordnung) |
| Christoph Kamplade | (Stadtbauamt) |
| Martin Messemer | (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung) |
| Falk Pfersdorf | (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb) |
| Willi Schmitt | (Vorsitzender Beirat für ältere Menschen) |

Sonstige

| | |
|------------------|----------------------------|
| Joachim Arbogast | (Ortsvorsteher Mörlheim) |
| Sandra Diehl | (Leiterin Pressestelle) |
| Dorothea Müller | (Ortsvorsteherin Mörzheim) |

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

CDU

Rolf Morio

SPD

Sonja Baum-Baur

FWG

Michael Dürphold

AfD

Jürgen Sauer

Nicht entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Die Sitzung wurde zu Beginn von Herrn Beigeordnetem Klemm als Vorsitzendem geleitet, da sowohl Herr Oberbürgermeister Hirsch als auch Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron wegen der Teilnahme an der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages in Aachen verhindert waren.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Neues Kita-Zukunftskonzept Rheinland-Pfalz
- 3.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Berichterstattung zu den Auswirkungen des Kita-Zukunftsgesetzes
Vorlage: 101/448/2018
- 3.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution des Stadtrates zum Kita-Zukunftskonzept
Vorlage: 101/449/2018
4. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Bepflanzungspflicht für neu auszuweisende Baugebiete
Vorlage: 101/452/2018
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Förderung von Dachbegrünung
Vorlage: 101/455/2018
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Fahrradstraßen Innenstadt
Vorlage: 101/456/2018
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einladung der Staatsoberhäupter von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zu den Feierlichkeiten zum 750. Jahrestag der Verleihung der Stadtrechte
Vorlage: 101/457/2019
8. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; "Bürgerforum" zu Sicherheitsanliegen
Vorlage: 101/458/2019
9. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Nachtverbindungen Neustadt-Landau-Karlsruhe
Vorlage: 101/459/2019
10. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Fahrradbrücke Goethepark
Vorlage: 101/460/2019



11. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Informationsbrief zur Aufklärung über aktuelle Telefonbetrügereien
Vorlage: 101/461/2019
12. Antrag des Beirates für ältere Menschen; Radfahrverbotshinweise
Vorlage: 101/453/2018
13. Antrag des Beirates für ältere Menschen; Wahlverfahren Beiratswahlen 2019
Vorlage: 101/454/2018
14. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/267/2019
15. Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Bereinigung eines Steuerfalls
Vorlage: 220/031/2018
16. B 10; Inanspruchnahme des städtischen Grundstücks Fl.St.Nr. 7036 (Gemarkung Godramstein), im Zusammenhang mit dem 4-streifigen Ausbau der B 10 zwischen Godramstein und der BAB 65
Vorlage: 230/356/2019
17. Vergabe von Projektmanagementleistungen zum Projekt Entwicklung Ostpark
Vorlage: 350/130/2018
18. Bebauungsplan „GS10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/537/2018
19. Ausbau der Arzheimer Hauptstraße, Prinz-Eugen-Straße und Rohrgasse in Landau-Arzheim; Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/185/2019
20. Meldung von Verunreinigungen per Messenger-Dienst
Vorlage: 860/410/2019
21. Bestellung Vorstandsvorsitzender des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau
Vorlage: 860/412/2019
22. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Aniello Casella über seine Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Casella ist Nachrücker für Frau Linda Klein, die ihr Mandat zum 31. Dezember 2018 niedergelegt hat.

Der Vorsitzende verpflichtete das Ratsmitglied Aniello Casella gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach die begonnenen Bauarbeiten bei der Firma Wickert an. Seine Frage gehe dahin, ob das vorgeschriebene Protokoll der Artenschutzmaßnahmen vorliege und ob Ausgleichsflächen für die gefälltten Bäume ausgewiesen werden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass man die Fragen schriftlich beantworten werde.

Ein weiterer Einwohner fragte nach den Zielen des Mobilitätskonzeptes.

Herr Kamplade erklärte, dass man davon ausgehe, dass das Mobilitätskonzept in etwa 3 Monaten schriftlich vorliegen werde. Es sei ein prozessorientiertes Konzept mit langer Vorlaufzeit, aber keine Abhandlung über die Mobilität der Zukunft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Neues Kita-Zukunftskonzept Rheinland-Pfalz

Es wird auf die Protokollierung zu den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.2 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Berichterstattung zu den Auswirkungen des Kita-Zukunftsgesetzes

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23. November 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Es gebe äußerst kritische Stimmen zu dem Gesetzentwurf des Landes gerade hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen für die Kommunen. Die Intention der CDU-Fraktion sei, dass hier von Seiten des Jugendamtes der Rat über die Auswirkungen des Gesetzes für Landau informiert wird. Man begrüße auch den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion hierzu eine Resolution zu verfassen. Die CDU habe noch Ergänzungen zum Resolutionsentwurf. Er würde es begrüßen, eine breite Mehrheit für diese Resolution zu bekommen.

Herr Eisenstein gab dann für das Jugendamt den gewünschten Bericht. Die Stadt Landau stehe insgesamt sehr gut da. Auch durch die Beschlüsse des Stadtrates habe man in den letzten Jahren eine kontinuierliche Entwicklung gehabt. Es gebe eine sehr gute Betreuungssituation in Landau mit unterschiedlichen Trägern und unterschiedlichen Angeboten. Man sei quantitativ, aber auch qualitativ gut aufgestellt. So habe Landau mit 7,5 die zweitbeste Kind/Erzieher-Relation in der Pfalz. Das Land orientiere sich aber eher an einer Relation von 11,0. Alle Stellen, die man habe, seien bisher vom Land mitfinanziert worden. Der Gesetzentwurf des Landes sehe nun wesentliche Änderungen vor. Eine Änderung sei der Rechtsanspruch auf 7 Stunden Betreuung mit Mittagessen. Dies sei grundsätzlich begrüßenswert, man müsse aber sehen, dass hierzu im Moment die finanziellen, räumlichen und personellen Kapazitäten fehlen. Weiter werde die Finanzierung des Landes von bisher Gruppen auf künftig belegte Plätze umgestellt. Künftig werde es nur noch drei Altersgruppen geben, die u2, die ü2 und die ü6-Kinder. Eine Bevorratung von Plätzen werde künftig nicht mehr möglich sein, es dürfe nur noch maximal 8 % freie Plätze im Jahresdurchschnitt geben. Dies bringe für die Träger eine große finanzielle Unsicherheit und habe unmittelbare Auswirkungen auf das Personal. Wenn das Land derzeit noch 2,750 Fachkraftstellen mitfinanziere, seien dies künftig nur noch 2,288 Fachkraftstellen bei gleicher Gruppengröße. Dies bedeute, dass nach derzeitigem Angebot das Land 230 Stellen dauerhaft bezuschusst. Derzeit habe man aber 268 Stellen, die auch vom Land bezuschusst werden. Somit gebe es für 38,12 Stellen keinen gesicherten Landeszuschuss. Hinzu kämen noch 13,6 geförderte Stellen aus dem Sozialraumbudget und 11,4 Vollzeitstellen aus dem Entwicklungsbudget. Somit blieben 13,08 Vollzeitstellen, die nicht finanziert seien. Diese künftigen Budgets hätten den Nachteil, dass sie nicht dynamisiert, sondern festgeschrieben seien. Dadurch würden die Budgets jährlich immer mehr abschmelzen. Es sei eine wesentliche Verschlechterung, da das Risiko bei der Stadt bleibe und sich die Mitfinanzierung des Landes jährlich verringere. Zur Folge habe dies, dass man Öffnungszeiten verkürzen oder Personal abbauen müsse.

Ratsmitglied Maier bat um Auskunft, wie die Krippenplätze heute berechnet werden.

Herr Eisenstein erläuterte, dass derzeit tatsächlich nur 70 Plätze von 1-jährigen belegt werden. Das Land gehe von 150 Krippenplätzen aus, im Alter von 0-3 Jahren. Dies sei eine falsche Annahme gewesen, die man dem Land aber habe deutlich machen können.

Ratsmitglied Schwarzmüller wollte wissen, warum nicht alle 150 Plätze belegt seien.



Herr Eisenstein erklärte, dass dies daran liege, dass man gerade für jüngere Kinder erst noch ausbauen müsse.

Ratsmitglied Thiel sagte, dass er die Ministerin so verstanden habe, dass die 8 % nicht tagesaktuell, sondern über das ganze Jahr und nicht für eine Einrichtung, sondern über den ganzen Jugendamtsbezirk zu sehen seien.

Herr Eisenstein bestätigte, dass es nicht tagesaktuell, aber monatsgenau abgerechnet werde. Die 8 % müssten auch auf alle Einrichtungen verteilt werden. Dies werde zur Platzverknappung führen.

Ratsmitglied Lerch bat um Erläuterung, was noch an zusätzlichen Aufgaben dazu komme und wie diese finanziert werden.

Herr Eisenstein erläuterte, dass bisher ca. 7 % Personalkosten, also etwa 1,1 Millionen Euro von den Trägern übernommen worden seien. Gesetzlich sei dies künftig nicht mehr festgelegt, so das man abwarten müsse, wie sich dies entwickle.

Ratsmitglied Burgdörfer sah eine große Verunsicherung des Personals.

Herr Eisenstein war der Meinung, dass dies ein wichtiger Punkt sei. Es werde vermehrt zu befristeten Verträgen kommen, weil das System insgesamt wackliger werde. Als Kommune habe man hier keine Möglichkeit zu steuern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution des Stadtrates zum Kita-Zukunftskonzept

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23. November 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Man müsse den Gesetzentwurf grundsätzlich von zwei Seiten sehen. Dann merke man, dass auch viel positives in dem Gesetzentwurf stehe. Es sei wichtig, im Dialog zu bleiben und nicht nur zu kritisieren. Sein Vorschlag sei, die Resolution heute nicht zu beschließen, sondern sie vor der nächsten Stadtratssitzung noch mal mit allen Fraktionen abzustimmen.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass Landau bei den Kindertagesstätten in den Bereichen der Versorgungsqualität und der Personalausstattung absolut führend im Land sei. Ohne Zweifel sei es richtig, dass die Menschen mehr Ganztagsplätze haben wollen. Aber dann müsse das Land auch seinen Anteil daran leisten. Das Gesetz beinhalte enorme Kostenverlagerungen und Finanzrisiken. Es sei keine ausreichende Fachkräftenrelation, es gebe keine ausreichenden Leitungsdeputate, es fehle eine Dynamisierung und es sei eine mangelhafte Transparenz. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüße das Angebot, eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten.

Ratsmitglied Follenius-Büssow hielt es zunächst für richtig und notwendig, dass es eine Gesetzesnovelle gebe. Es gebe nun aber die Möglichkeit, das in das Gesetz einzubringen, was wir für besser halten. Ziel müsse es sein, das hohe qualitative Angebot zu erhalten. Auch die Planungs- und Finanzierungssicherheit müsse erhalten bleiben. Sie finde es sehr begrüßenswert, dass die Erzieherinnen deutlich ihre Forderungen formulieren. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion sei gerne bereit, an der Resolution mitzuarbeiten.

Ratsmitglied Freiermuth empfand den Bericht von Herrn Eisenstein fast wie einen Hilferuf. Mit der Gesetzesnovelle versuche das Land, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht zu werden. Im Endeffekt würden aber die Kommunen an den Kosten hängen bleiben, die Alternative wären Verschlechterungen. Von daher komme man an einer Resolution gar nicht vorbei. Das Land dürfe hier nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern müsse auch sagen wie man dies mit der Finanzierung regeln wolle.

Ratsmitglied Wagner schloss sich der Auffassung an, dass die Novelle auch Verbesserungen beinhalte. Die Zustände seien aber nicht neu, so dass das Land hier spät reagiere. Allerdings müsse das Prinzip gelten „Wer bestellt der bezahlt“. Dies auf dem Rücken der Erzieherinnen auszutragen, sei inakzeptabel. Eine Arbeitsplatzunsicherheit durch Befristungen zu schaffen, sei nicht in Ordnung. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sei auch für eine Resolution, diese dürfe aber nicht wachweich sein.

Die Fraktionen verständigten sich darauf, zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 19. Februar 2019 einen gemeinsamen Resolutionsentwurf einzubringen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Bepflanzungspflicht für neu auszuweisende Baugebiete

Herr Oberbürgermeister Hirsch übernahm den Vorsitz.

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 11. Dezember 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Es gehe mit dem Antrag darum, dass in neuen Baugebieten eine 100 %-ige-Verschotterung untersagt werde. Der letzte Sommer habe gezeigt, dass solche Steingärten klimatisch verheerend seien. Geprüft werden sollte auch, ob es die Möglichkeit der Bezuschussung von Zisternen gebe.

Der Vorsitzende begrüßte die Initiative ausdrücklich. „Entsteint Euch“ sei der Titel eines Landesprogrammes, das genau in diese Richtung ziele. Er schlage vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Hartmann freute sich über den Antrag und begrüßte ihn für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion. Es sollte hierbei aber um die ganze Stadt gehen und nicht nur um neue Baugebiete.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstützte für die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion, für neu auszuweisende Baugebiete eine Bepflanzungspflicht und sogenannte Schotterverbote auszusprechen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Förderung von Dachbegrünung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. Dezember 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Eine Dachbegrünung sei für die Artenvielfalt sehr begrüßenswert und wichtig. Gerade in der Innenstadt könne man daraus einen Nutzen ziehen. Die Stadt sollte hier als gutes Beispiel vorangehen.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Verwaltung dem Antrag positiv gegenüberstehe. Die Empfehlung sei aber, den Antrag in den Bauausschuss und den Verwaltungsrat EWL zu verweisen.

Ratsmitglied Lichtenthäler stimmte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Antrag grundsätzlich zu. Wichtig sei, dies großflächig anzugehen. Es sei ja nicht so, dass dies ein ganz neues Thema sei. Wenn man sich dem Thema annehme, müsse auch der Wille da sein, es auch umzusetzen.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstützte für die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls. Vor allem der Gedanke Anreize zu schaffen, finde er positiv.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte dem Antrag für die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hoffte, dass dies Leute dazu motiviere, dies auch umzusetzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, Maßnahmen zur Förderung von Dachbegrünung in der Stadt Landau zu prüfen, wird in den Bauausschuss und den Verwaltungsrat EWL verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Fahrradstraßen Innenstadt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 18. Dezember 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler begründete den Antrag. Der Antrag hänge mit dem Mobilitätskonzept zusammen und sei ein Vorschlag, wie es sich die Grünen in der Innenstadt vorstellen würden. Es gehe auch mit diesem Antrag darum, den Radverkehr weiter zu stärken. Mehr Radfahrer würden letztlich weniger Autos bedeuten. Hierfür wolle man ein Angebot schaffen. Diesen Vorschlag sollte man zusammen mit dem Mobilitätskonzept diskutieren.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen. Inhaltlich sei man nicht allzu weit auseinander. Dennoch müsse man es differenziert betrachten. Wichtig sei, dass die Innenstadt für Autos erreichbar sein müsse.

Ratsmitglied Lerch ging davon aus, dass es mit dem Antrag nicht um reine Fahrradstraßen, sondern um Vorrangstraßen gehe. Es bedürfe eines abgestimmten Konzeptes und einer abgestimmten Umsetzung auch im Zusammenspiel mit dem ÖPNV. Man brauche einen vernünftigen Mix, hierzu gehöre auch das Auto. Die Tendenz der CDU-Stadtratsfraktion zu diesem Antrag sei Ja, aber in einem abgestimmten Vorgehen.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass für die SPD-Stadtratsfraktion die Tendenz des Antrages in die richtige Richtung gehe. Es dürfe mit dem Busverkehr nicht in Konflikt kommen. Der ÖPNV solle mit dem Mobilitätskonzept nämlich auch gestärkt werden.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass man mit der Richtigstellung, dass es um Vorrangstraßen gehe, besser leben könne. Im Moment sei man in einer Übergangszeit, in der viele Dinge angeplant würden. Überall wo solche Vorrangstraßen möglich seien, sei es sicherlich sinnvoll.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Antrag der Grünen nicht weit genug gehe. Er würde eher dazu gehen, einige Stichstraßen auszuwählen und diese dann tatsächlich auch für den Autoverkehr komplett zu sperren. Man sei hier für wesentlich härtere Schritte, um den Umstieg aufs Fahrrad zu fördern.

Ratsmitglied Lichtenthäler ergänzte, dass Fahrradstraßen bedeuten, dass es Vorrang für Radfahrer gebe und der andere Verkehr zugelassen werden müsse. Im Mobilitätskonzept habe man im Prinzip bereits Grundlagen erstellt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zur Ausweisung von Fahrradstraßen in der Innenstadt wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einladung der Staatsoberhäupter von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zu den Feierlichkeiten zum 750. Jahrestag der Verleihung der Stadtrechte

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Januar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Man sollte hier mutig vorangehen im Hinblick auf das Stadtjubiläum, unabhängig davon, wer 2024 Staatsoberhaupt in Deutschland oder Frankreich sein werde. Dass die heutige Stadtratssitzung auf den Jahrestag der Unterzeichnung des Elysee-Vertrages falle, sei ein gutes Zeichen. Gerade die lange französische Vergangenheit von Landau sollte sich im Stadtjubiläum widerspiegeln.

Der Vorsitzende begrüßte den Antrag. Dies könnte ein bemerkenswerter und interessanter Beitrag zum Stadtjubiläum sein. In diesem Jahr werde man mit den Vorbereitungen für das Stadtjubiläum beginnen.

Ratsmitglied Lerch unterstützte für die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag uneingeschränkt.

Ratsmitglied Hartmann fand dies auch eine gute Idee, die die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion unterstütze.

Ratsmitglied Freiermuth sah den Antrag als Beitrag zur Völkerverständigung. Man dürfe aber auch den Sicherheitsaspekt nicht außer Acht lassen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass es schlauer wäre, die Feier zur Verleihung der Stadtrechte auf Bürgerebene zu feiern. Es sei ihr nicht wichtig, hohe Staatsgäste dabei zu haben. Man habe zwei Partnerstädte in Frankreich, die man mit einbeziehen könne. Hier sollte man sich nicht zu wichtig nehmen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde daher einen Beschluss heute ablehnen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass das eine das andere nicht ausschließe. Man könne ein Bürgerfest machen und auch Staatsoberhäupter einladen. Gerade die Grenzregionen seien im neuen Aachener Vertrag genannt als wichtig für die deutsch-französische Freundschaft. Insofern sei die Chance, dass eine solche Einladung gelingen könne, gestiegen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, zu den Feierlichkeiten zum 750. Jahrestag der Verleihung der Stadtrechte die Staatsoberhäupter von Frankreich und Deutschland einzuladen, wird als Prüfauftrag in das Verwaltungsverfahren gegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; "Bürgerforum" zu Sicherheitsanliegen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 6. Januar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Das Thema Sicherheit liege allen am Herzen. Der letzte Bericht von Herrn Sommerrock habe gezeigt, dass man in Landau eine durchschnittliche Kriminalitätsrate habe. Es sei aber auch deutlich geworden, dass es auch immer noch eine unzureichende Personalausstattung gebe. Weiter habe der Bericht gezeigt, dass die Aufklärungsquote bei Einbrüchen bei unter 10 % liege. Daher sollte Aufklärung, Information und Prävention verstärkt in den Mittelpunkt gelangen. Es gebe viele Themen, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen. In Neustadt gebe es seit 3 Jahren ein solches Bürgerforum. Auf diesen Erfahrungen könne man aufbauen und es auch in Landau etablieren.

Der Vorsitzende sah hierin eine begrüßenswerte Initiative. Man könne aber keine Beschlüsse zu Lasten Dritter fassen und müsse daher mit der Polizei sprechen. Es gebe ja bereits auch zielgruppenspezifische Veranstaltungen mit der Polizei zusammen. Er schlage vor, den Antrag in den Präventionsrat zu verweisen.

Ratsmitglied Maier unterstützte für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag. Alles was helfe, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern, sei zu begrüßen.

Ratsmitglied Follenius-Büssow unterstrich, dass es darum gehe, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen. Sie sei dennoch etwas irritiert über diesen Antrag, denn man habe in Landau ja den Präventionsrat, der sich genau darum kümmere. Es wäre vielleicht zielführend wenn der Präventionsrat zusammen mit dem Beteiligungsrat prüfe, welche vorhandenen Ressourcen man nutzen könne. Dann brauche man kein eigenes Bürgerforum, sondern könne vorhandene Strukturen nutzen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass der Bürger ein Bürgerforum sehr positiv aufnehmen werde. In welcher Form dies ausgestaltet werde, sei dabei zunächst zweitrangig.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass es ja bereits den Präventionsrat gebe. Dort gebe es gute Ansätze und eine engagierte Arbeit. Ein solches Bürgerforum sehe sie dennoch positiv.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, ein Bürgerforum zu Sicherheitsanliegen der Landauer Bevölkerung durchzuführen, wird in den Präventionsrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Nachtverbindungen Neustadt-Landau-Karlsruhe

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 7. Januar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Die beste Option auf dieser Strecke sei ein durchgehender zweispuriger elektrifizierter Ausbau. Dennoch seien Verbesserungen bei den Nachtverbindungen jetzt schon möglich. Zielgruppen seien hier Menschen, die von einer Reise nach Hause kommen, Konzertbesucher und auch junge Menschen, die von der Disco nach Hause wollen. Daher sollte man als Stadt Landau versuchen, Freitags, Samstags und Sonntags eine Zugverbindung zwischen 0 Uhr und 6 Uhr zu bekommen. Natürlich müsse man auch die Kosten bedenken und es auch in dieser Hinsicht prüfen. Ebenso sollte man prüfen, ob sich auch andere Städte, die an der Strecke liegen, daran beteiligen würden.

Der Vorsitzende erläuterte, dass in diesem Jahr ohnehin die Ausschreibung für das neue ÖPNV-Linienbündel vorbereitet werde. Er könne das Anliegen durchaus nachvollziehen, allerdings sei es eher ein punktueller Bedarf. Es sei kein großer Aufwand zu prüfen, was solche zusätzlichen Züge kosten würden.

Ratsmitglied Dr. Bals war der Meinung, dass dies sicher ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger wäre. Er denke aber, dass eine Verbindung zwischen 0 Uhr und 6 Uhr nicht ausreichen werde. Man sollte auch überlegen, Busverbindungen mit zu prüfen um flexibler reagieren zu können.

Ratsmitglied Scheid begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag und schlug vor, die Erfahrungen auf der Strecke Wörth-Germersheim zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Freiermuth wies auf die Kosten solcher Nachtverbindungen hin. Man müsse auch fragen, wie viele Personen denn betroffen seien. Wenn man es umsetzen wolle, plädiere er dafür es über Busverbindungen zu machen.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Antrag ausdrücklich begrüße. Wenn man die Anfrage mache von Seiten der Verwaltung, sollte dies auch für sieben Tage sein.

Ratsmitglied Hartmann ergänzte, dass bei einer Mobilitätswende Bahnhöfe per se zu Mobilitätsstationen ausgebaut würden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Nachtverbindungen auf der Strecke Neustadt-Landau-Karlsruhe zu prüfen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Fahrradbrücke Goethepark

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 7. Januar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Die im Rahmen des Mobilitätskonzeptes vorgesehenen sechs Fahrradrouten würden alle im Goethepark an der Unterführung zusammenlaufen. Wenn man es mit den Fahrradrouten ernst nehme, dann müsse es eine Möglichkeit geben, diesen Knotenpunkt auszubauen. Da gebe es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Zum einen den Ausbau der Unterführung, der aber sehr lange Rampen mit allen Folgen für Parkplätze und für den Goethepark bedeute. Daher dieser Antrag, als Alternative zur Unterführung den Bau einer Fahrradbrücke zu prüfen. Dies könnte an diesem Knotenpunkt eine sinnvolle Maßnahme sein.

Der Vorsitzende betonte, dass der Verwaltung die Schwierigkeit an dieser Engstelle bekannt sei. Eine Brücke sei weder finanzierbar noch technisch umsetzbar. Wenn man diesen gordischen Knoten halbwegs vernünftig lösen wolle, gehe es eher in Richtung Unterführung.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck betonte, dass sich auch die CDU-Stadtratsfraktion für die Verbesserung der Fahrradrouten in Landau einsetzen wolle. Eine Fahrradbrücke dort müsste aber mindestens eine Höhe von 6 Metern mit einer Rampenlänge von 100 Metern haben. Dies halte er für extrem problematisch. Eine Lösung an dieser Stelle müsse gefunden werden, dies sei unstrittig. Einer Brücke stehe man aber kritisch gegenüber.

Ratsmitglied Kost unterstrich, dass allein der bauliche und finanzielle Aufwand sich auf mehrere 100.000 Euro belaufen würde. Einer solchen negativen Kosten-Nutzen-Relation könne die SPD-Stadtratsfraktion nicht zustimmen. Es sei durchaus möglich, dass man an der Bahnlinie entlang weiterfahre bis zur Schloßstraße und dann über den Savoyenpark wieder zurück. Dies halte er für zumutbar.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass man sich bei einer Fahrradbrücke im Bereich eines Millionenbetrages bewegen würde. Bei diesen Kosten würde man ein Fass aufmachen. Man sollte daher bei der Unterführung bleiben.

Ratsmitglied Wagner war der Meinung, dass ein 200 Meter weiterer Weg über die Schloßstraße vertretbar sei. Man sehe es kritisch einige Vorrangrouten durch den Park zu führen. Parks sollten Naherholung auch für Fußgänger sein und dürfe kein Fahrradhighway werden. Deshalb müsse man auf Straßen Raum für Radfahrer schaffen.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass es auch andere Lösungen als langgestreckte Rampen gebe. Wenn man Vorrangrouten machen wolle, dann müsse man es auch konsequent machen. Er appelliere, eine Alternative zu prüfen und dann zu entscheiden.

Der Vorsitzende bat darum, sich nicht immer Einzelpunkte herauszusuchen, bevor man nicht über das gesamte Mobilitätskonzept geredet habe. Dies sei weder finanztechnisch noch strategisch besonders klug. Man nehme mit, dass im Rahmen des Mobilitätskonzeptes an dieser Stelle eine Optimierung nötig sei, aber man werde keine Brücke planen.



Bürgermeister Dr. Ingenthron appellierte, sich die gesamte Stadt anzuschauen, anstatt an einer Stelle das ganze Geld zu verbraten. Man sollte hier eine realistische Beurteilung machen und eine Brücke sei nicht realistisch. Daher sei der Antrag aus seiner Sicht in der Konsequenz abzulehnen.

Ratsmitglied Hartmann zog den Antrag für den Antragsteller zurück.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Informationsbrief zur Aufklärung über aktuelle Telefonbetrügereien

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 14. Januar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner begründete den Antrag. Man sei angesprochen worden über aktuelle Vorkommnisse mit Telefonbetrügereien im Bereich der Wollmesheimer Höhe. Auch bundesweit seien diese Trickbetrügereien weit verbreitet. Der Versand von Aufklärungsbriefen sei angesichts der möglichen Schadenssummen eine sinnvolle Präventionsmaßnahme. Die Stadt sollte hier im Sinne der Daseinsvorsorge aktiv werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Polizei hier bereits mit entsprechendem Personal und einem Etat dafür aktiv sei. Dieser Antrag berühre grundsätzlich keine kommunale Aufgabe. Er sehe aber in dem Antrag die Nähe zum Kriminalpräventionsrat.

Ratsmitglied Lerch teilte für die CDU-Stadtratsfraktion die Intention des Antrages. Er denke, dass dies genau in den Fokus dieses Bürgerforums passen würde, dass die CDU-Fraktion beantragt habe.

Ratsmitglied Maier schlug vor, diesen Aufruf im Stadtmagazin „Landauer Leben“ zu platzieren, dass ja an alle Haushalte verteilt werde.

Ratsmitglied Lichtenthäler hielt den Vorschlag von Herrn Maier für sehr gut. Es sei ja auch nicht mit einem einzigen Brief getan.

Ratsmitglied Freiermuth war ebenfalls der Meinung, dass ein Brief allein nichts bringe. Dies aber in den zur Verfügung stehenden Medien zu kommunizieren halte er für richtig.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Verwaltung zu beauftragen, in einem Beitrag im Stadtmagazin „Landauer Leben“ über aktuelle Telefonbetrügereien aufzuklären.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Antrag des Beirates für ältere Menschen; Radfahrverbotshinweise

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Beirates für ältere Menschen vom 11. Dezember 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Schmitt, Vorsitzender des Beirates, begründete den Antrag. Die Gefahrensituationen in diesen Bereichen der Fußgängerzone seien kein subjektives Empfinden der Bürger, sondern seien tatsächlich vorhanden. Ursache der Gefahrenproblematik sei die nicht ausreichende Kennzeichnung.

Der Vorsitzende erklärte, dass jeder um die Gefahrenkonflikte in der Fußgängerzone wisse. Sein Vorschlag wäre, dass Verwaltung und Beirat miteinander die Gefahrenpunkte besprechen und nach Optimierungsmöglichkeiten suchen.

Ratsmitglied Bakhtari stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag ausdrücklich zu. Man bitte aber die Verwaltung ein befristetes Fahrverbot zwischen 9.00 Uhr und 20.00 Uhr zu prüfen. Damit wäre eine Nutzung der Fußgängerzone durch Radfahrer außerhalb der Geschäftsöffnungszeiten gewährleistet.

Ratsmitglied Schwarzmüller war ebenfalls der Meinung, dass die Beschilderung in der Fußgängerzone nicht ausreichend sei. Dennoch sei sie der Meinung, dass noch mehr Schilder nicht zielführend seien. Man müsste vielmehr häufiger Kontrollen machen.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass eine Sperrung der Fußgängerzone für Radfahrer zu den Ladenöffnungszeiten konsequent wäre. Man sollte im Bauausschuss darüber reden. Die lückenhafte Beschilderung müsse aber verbessert werden, in diesem Punkt habe der Beirat Recht.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass es nichts nütze immer mehr Verbotsschilder aufzustellen, das Verbot müsse auch kontrolliert werden.

Ratsmitglied Wagner stimmte den Vorrednern im wesentlichen zu. Man könne beobachten, dass es immer wieder zu Konflikten in der Fußgängerzone komme. Hier sollte man auch durchaus noch mal appellieren. Unabhängig davon sei eine bessere Beschilderung in jedem Fall sinnvoll. Man müsse es aber auch durchsetzen, ansonsten sei ein Verbot sinnlos.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Verwaltung zu beauftragen in Zusammenarbeit mit dem Beirat für ältere Menschen die Gefahrenpunkte zu besprechen und Optimierungsmöglichkeiten zu erarbeiten und umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Antrag des Beirates für ältere Menschen; Wahlverfahren Beiratswahlen 2019

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Beirates für ältere Menschen vom 11. Dezember 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Schmitt, Vorsitzender des Beirates, begründete den Antrag. Es gehe dem Beirat darum, das Wahlverfahren zu verbessern, um mehr Menschen zu erreichen. Auch in anderen Städten werde die Beiratswahl in Form der Briefwahl durchgeführt.

Der Vorsitzende schlug vor, dass auch hier die Verwaltung mit dem Beirat zusammen einen Vorschlag erarbeite und dann eine Sitzungsvorlage für den Stadtrat erarbeite.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Änderungen beim Wahlverfahren zur Wahl des Beirates für ältere Menschen. Er beauftragt die Verwaltung zusammen mit dem Beirat für ältere Menschen eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 10. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

Herrn Aniello Casella, Westring 13, 76829 Landau in der Pfalz

als Mitglied in

- in den Vorstand des Vereins Südliche Weinstraße – Büro für Tourismus
- in den Kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

und als stellvertretendes Mitglied

- in den Schulträgerausschuss
- in den Sozialausschuss
- in den Jugendhilfeausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Bereinigung eines Steuerfalls

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 14. Dezember 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ab wann die Verwaltung von den neuen Messbeträgen aus der Prüfung des Finanzamtes gewusst habe.

Herr Messemer betonte, dass man sehr zeitnah arbeite. Weiteres könne er im nichtöffentlichen Teil mitteilen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 74.477,08 € zur Einzelwertberichtigung (befristete Niederschlagung) einer Steuerforderung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

B 10; Inanspruchnahme des städtischen Grundstücks Fl.St.Nr. 7036 (Gemarkung Godramstein), im Zusammenhang mit dem 4-streifigen Ausbau der B 10 zwischen Godramstein und der BAB 65

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 15. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die CDU-Stadtratsfraktion immer gegen den vierspurigen Ausbau der B 10 gewesen sei. Man habe hier als CDU in Landau immer klar Position bezogen. Hier bewahrte sich aber der Spruch: „Ein totes Pferd soll man nicht reiten“. Im Falle dieser Besitzeinweisung sei an den Fakten nichts zu ändern. Deshalb werde die CDU-Stadtratsfraktion dieser Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass es absurd sei zu glauben, dass man den Ausbau noch verhindern könne. Die Schlacht sei hier geschlagen, deshalb werde auch die SPD-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglieder Lichtenthäler teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion nicht zustimmen werde. Beim damaligen Beschluss, das Grundstück nicht zu veräußern, sei schon klar gewesen, dass dies nur ein Symbol sei, das die Ablehnung des Ausbaus unterstreiche. Man dürfe sich nichts vormachen, dies werde eine ewige Baustelle geben, die niemandem nutzen werde.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass die FWG schon immer für den Ausbau der B 10 gewesen sei. Ein Nein zu diesem Beschlussvorschlag der Verwaltung bringe nichts weiter als unnötige Ausgaben. Daher stimme die FWG-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion unterschiedlich abstimmen werde. Sie selbst sei der Meinung, dass man dies auch nochmal rechtlich angehen sollte. Dies auch wenn die Erfolgsaussichten gering seien.

Ratsmitglied Hott betonte, dass man lange versucht habe, den Ausbau der B 10 zu verhindern. Die Sache sei jetzt nicht mehr zu verhindern.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Besitzeinweisung wegen der Inanspruchnahme des Grundstücks Fl.St.Nr. 7036 (Gemarkung Godramstein) im Zuge des 4-streifigen Ausbaus der B 10 zwischen Godramstein und der BAB 65 beschließt der Stadtrat mangels Erfolgsaussichten auf die Einlegung des Rechtsbehelfs (Erhebung einer Klage beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz) zu verzichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Vergabe von Projektmanagementleistungen zum Projekt Entwicklung Ostpark

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 20. Dezember 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Mit dem Projektmanagement zum Projekt „Entwicklung Ostpark“ soll das Büro Maleton und Klein aus Neustadt an der Weinstraße zu einem Angebotspreis in Höhe von 94.010 Euro beauftragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

**Bebauungsplan „GS10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. November 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Godramstein östlich der Queich, südlich des Wäldchens „Bruckahlmühlwiese“ sowie der Bahnhofstraße 14 und 16, westlich der Bahnhofstraße (K9) und nördlich der Bahntrasse nach Pirmasens wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Ausbau der Arzheimer Hauptstraße, Prinz-Eugen-Straße und Rohrgasse in Landau-Arzheim; Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tief- und Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Arzheimer Hauptstraße, Prinz-Eugen-Straße und Rohrgasse in Landau-Arzheim ist der Firma Tas & Balci Straßenbau GmbH, Kirchheimbolanden, zu den Preisen ihres Angebotes vom 18.12.2018, das unter Berücksichtigung der Nebenangebote 1, 2 und 3 mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 2.068.890,08 EUR (Los 1 anteilig und Los 4) abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Meldung von Verunreinigungen per Messenger-Dienst

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 3. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Wagner regte an zu prüfen, ob weitere Messenger-Dienste außer WhatsApp möglich seien.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass dies ein zusätzliches Angebot an die sei, die eh WhatsApp nutzen. Dies sei jetzt ein nächster Schritt, sollte es weiteren Bedarf geben werde man reagieren.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Vorlage zur Kenntnis nehme. Er wolle sich aber dem Appell von Herrn Wagner anschließen, auch andere Dienste zu prüfen. Schlecht sei, dass es keine Rückmeldung auf gemeldete Verunreinigungen gebe.

Der Vorsitzende nahm die Anregungen auf, der EWL werde dies reflektieren und prüfen.

Ratsmitglied Maier dankte dem EWL, dass er diese Lösung gefunden habe.

Der Stadtrat nahm den Beschluss des Verwaltungsrates EWL positiv zur Kenntnis,

zur Meldung von Verunreinigungen im Stadtgebiet von Landau WhatsApp als Messenger-Dienst einzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Bestellung Vorstandsvorsitzender des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 3. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Doll dankte dem EWL und den Geschäftsführern für die geleistete Arbeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Bestellung von Herrn Bernhard Eck, geb. am 14.06.1963, mit Wirkung vom 19. Februar 2019 für weitere fünf Jahre zum Vorstandsvorsitzenden des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf den Bürgerdialog mit Staatsminister Dr. Wissing zu Verkehrsfragen am 28. Januar 2019 hin.

Ratsmitglied Wagner erkundigte sich nach dem nach wie vor in starkem Maße vorhandenen PkW-Verkehr über die Brücke in der Kraftgasse in Queichheim. Weiter regte er an, Kontakt mit der Stadt Neustadt aufzunehmen und zu klären, ob man sich in irgendeiner Form am Pilotprojekt E-Shuttle zum Hambacher Schloss beteiligen könne.

Der Vorsitzende antwortete, dass man zum Thema Kraftgasse im Bauausschuss berichten werde. Zum Thema E-Shuttle werde man sich kundig machen und informieren.

Ratsmitglied Hartmann stellte fest, dass beim Thema Quotierungsrichtlinie offenbar in den Stadtvorstandssitzungen am 12. November 2018 und 14. Januar 2019 zwei völlig konträre Sachverhalte beraten wurden. Er bitte hier um Aufklärung, warum sich der Stadtvorstand von der ersten Einschätzung in der Sitzung im November gelöst habe.

Der Vorsitzende stellte klar, dass der Stadtvorstand kein unpolitisches Gremium sei. Der Stadtvorstand habe sich die fachlichen Empfehlungen angesehen und bewertet und daraus einen Verfahrensvorschlag entwickelt.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, warum keine Information zum Verkauf der restlichen 10 % am Geothermiekraftwerk erfolgt sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies von Anfang an bekannt gewesen sei, dass die Firma Daldrup jederzeit die restlichen 10 % übernehmen könne.



Die Niederschrift über die 43. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 22.01.2019 umfasst 28 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 112.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter